

NIEDERSCHRIFT HFA/0007/2021

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 10.06.2021 in der **Aula der Geschwister-Eichenwald-Gemeinschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz

:

Herr Peter Rose

Vertretung für Herrn
Franz Josef Schulze
Thier

Herr Christoph Ueding
Frau Hanna Hüwe
Herr Thomas Jakobi
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum

Vertretung für Herrn
Carsten Rampe
Vertretung für Frau Iris
Pawliczek

Herr Frank Wieland

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Herr Niels Geuking

Gast:

Herr Mathias Raabe, wfc

WFC, Coesfeld

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Martin Struffert
Herr Stefan Holthausen
Frau Michaela Besecke
Herr Jürgen Erfmann

Schriefführerin:

Frau Karen Ebrecht

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:50 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Digitalisierungsstrategie für den Kreis Coesfeld

Herr Raabe erläutert anhand einer PowerPoint Präsentation (Anlage I im Rats-Info-System) die Digitalisierungsstrategie für den Kreis Coesfeld und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Digitalisierungsstrategie „Coesfeld 12.0 – Im Kreis gemeinsam digital“ für den Kreis Coesfeld mit den Bausteinen Leitbild, Ziele, Prioritäten und Projekte wird verabschiedet. Die Stadt Billerbeck wird sich in den für sie relevanten Themenfeldern aktiv in die Umsetzung der Strategie und deren Weiterentwicklung einbringen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Billerbeck

Herr Messing erläutert, dass es Änderungsvorschläge in der Hauptsatzung gegeben hätte. Er bittet die Ratsmitglieder die Änderungsvorschläge der Reihe nach mit ihm durchzugehen und Anmerkungen mitzuteilen.

§ 4 Gleichstellung von Frau und Mann

Abs. 2

Herr Tauber macht auf den Zusatz in Satz 1 aufmerksam: Es soll die Ergänzung „...Belange von Frauen und Männern...“ vorgenommen werden.

Herr Messing teilt dazu mit, dass die Änderung in die Gendersprache noch umgesetzt werde.

§ 7 Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

Herr Tauber regt an, die Bezeichnung „Ratsmitglied“ in „dem Stadtrat angehörenden Personen“ zu ändern. Zudem kam der Vorschlag auf, eine Änderung in „Ratsfrau/Ratsherr“ vorzunehmen.

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

§ 8 Dringlichkeitsentscheidungen

Der Passus wurde gestrichen. Herr Wieland bittet um weitere Informationen und fragt nach den Dringlichkeitsentscheidungen, die nicht der Vergabepflicht unterliegen.

Frau Dirks antwortet, dass dieses für alle Dringlichkeitsentscheidungen gelte.

§ 9 Ausschüsse

Abs. 4

Die Bezeichnung des Umweltausschusses hat sich geändert, so dass § 9 Abs. 4 wie folgt angepasst werden muss: „...§ 23 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz der Umweltausschuss bestimmt.“

§ 9 Ausschüsse

Abs. 6

Herr Tauber möchte das Wort unverzüglich eingefügt haben. „...Die Vorsitzenden der Ausschüsse können von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister unverzüglich Auskunft...“

Herr Messing sagt Überprüfung zu.

§ 10 Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz

Abs. 1 und 2

Herr Lennertz schlägt vor, die Anzahl der Fraktionssitzungen von 20 auf 25 zu erhöhen.

Herr Messing antwortet, dass es in der Rechtsverordnung nachgeschaut und geprüft würde.

Frau Dirks ergänzt, dass die Verwaltung sich an die Verordnungen des Ministeriums und des Städte- und Gemeindebundes halten müsse.

§ 11 Zuwendungen an Fraktionen

Abs. 1

Herr Lennertz schlägt eine Erhöhung des Sockelbetrages unter a) von monatlich 50,00 € auf 70,00 € und den Zusatzbetrag unter b) von monatlich 10,00 € auf 20,00 € vor. Zusätzlich soll die Familie-Partei die pauschale Zuwendung erhalten.

Weiterhin erkundigt sich Herr Lennertz nach der digitalen Ausstattung der

Ratsmitglieder und fragt nach, ob die Erstattung des Zuschusses für die digitale Ratsarbeit in die Hauptsatzung miteinfließen könne.

Herr Tauber schlägt vor, bei Aufnahme der Erstattung des Zuschusses in die Satzung, dass sich der Rat am Anfang jeder Legislaturperiode neu über die Beträge verständigen solle.

Herr Messing antwortet, dass es bisher 250,00 € pro Legislaturperiode seien. Diese Vereinbarung würde nicht in die Hauptsatzung aufgenommen.

Frau Dirks fügt hinzu, dass zum Thema „Zuschuss zur digitalen Ratsarbeit“ zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden solle.

§ 13 Bürgermeisterin/Bürgermeister

Abs. 1

Herr Tauber schlägt die Aufnahme einer Erläuterung zum unbestimmten Rechtsbegriff „Geschäft der laufenden Verwaltung“ mit in § 13 aufzunehmen.

Herr Messing antwortet, dass die Wortwahl nicht typisch für eine Hauptsatzung wäre.

Frau Dirks sagt die Überprüfung zu.

§ 17 Öffentliche Bekanntmachungen

Abs. 2

Herr Lennertz schlägt eine Änderung des Textes wie folgt vor: „Die Amtsblätter sollen im Internet auf der offiziellen Web-Seite...“.

Der Ausschuss wird nochmal in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung über die vorgeschlagenen Änderungen beraten. Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

3. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr Messing erläutert, dass es Änderungsvorschläge in der Geschäftsordnung gegeben hätte. Er bittet die Ratsmitglieder die Änderungsvorschläge der Reihe nach mit ihm durchzugehen und Anmerkungen mitzuteilen.

§ 1 Einberufung der Ratssitzung

Abs. 2

Es wird folgende Änderung des Satzes 2 vorgeschlagen: „Ergänzend wird zeitlich auf elektronischem Wege über die Einladung informiert.“.

§ 1 Einberufung der Ratssitzung*Abs. 3*

Herr Lennertz schlägt, aus Gründen der Transparenz, die Auflistung der gestellten Fraktionsanträge mit einzubeziehen, vor.

Herr Geuking ergänzt um die Auflistung der Bürgeranregungen.

Herr Tauber regt an, die noch offenen gestellten Anfragen der Fraktionen, bis zur Ladefrist, aufgelistet den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren erwartet Herr Tauber, dass in den Einladungen die Ergebnisse der abweichenden Beschlüsse dokumentiert werden.

Dieses lehnt Herr Messing ab und teilt mit, dass aufgrund der zeitlichen Reihenfolge die Ergebnisse der vorangegangenen vorberatenden Beschlüsse nicht immer vorliegen.

Es werden aber die Ergebnisse aufgenommen, die vorliegen.

§ 1 Einberufung der Ratssitzung*Abs. 4*

Herr Tauber möchte eine Erhöhung der Qualität der Sitzungsvorlagen erreichen. Die Übersicht solle verbessert werden, Gesetzestexte eingefügt und der strukturelle und inhaltliche Aufbau überdacht werden. Zudem sollen die geplanten Zeitschienen für Projekte aufgeführt werden, aufgeteilt nach Fachbereichen.

Frau Dirks antwortet, dass sie alleine bestimme, wie die Vorlagen aussehen. Der Schreibstil der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei individuell.

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen und innerhalb der Verwaltung besprochen.

§ 17 Fragerecht der Ratsmitglieder*Abs. 2*

Es ergaben sich Rückfragen bezüglich der Anzahl der mündlichen Anfragen.

Hier wurde sich letztendlich geeinigt die Reglementierung von „bis zu zwei“ wieder zu streichen und die bisherige Formulierung beizubehalten.

§ 19 Wahlen

Abs. 2

Herr Tauber schlägt vor, das Recht der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters auf Antragstellung der geheimen Wahl zu streichen. Seines Erachtens sei dieses rechtlich in Ordnung. Herr Messing sagt zu, es in der Mustergeschäftsordnung nachzuschauen und zu prüfen.

§ 24 Niederschrift

Herr Tauber erkundigt sich, wie der Versand der Niederschriften an die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger geregelt sei, die als Vertreter an einer Ausschusssitzung teilnehmen.

Herr Messing sagt Klärung zu.

§ 24 Niederschrift

Abs. 5

Herr Tauber fragt nach, ob die Tonmitschnitte auch dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Messing sagt dies zu. Vorausgesetzt wird jedoch, dass die Vorsitzende/der Vorsitzende den Mitschnitt im Rathaus anhöre.

Frau Dirks sei es wichtig, dass es vor der Unterzeichnung der Niederschrift geschehe.

Herr Lennertz signalisiert seine Zustimmung zu diesem Verfahren.

Herr Jakobi möchte das Wort "Tonmitschnitt" durch digitale Aufzeichnung ersetzt wissen.

Herr Tauber erkundigt sich über die Möglichkeiten der Niederschriftenänderung bei Unstimmigkeiten aus Sicht der Fraktionen nach der Unterzeichnung.

Frau Dirks antwortet, dass es in NRW eine gesetzliche Klarheit gebe. Die Niederschrift wird von der Protokollantin/dem Protokollanten und dem Vorsitz unterschrieben. Nach Unterzeichnung ist keine Änderung möglich. Die Niederschrift kann lediglich gerügt werden.

Frau Hüwe merkt an, dass in anderen Gemeinden das Protokoll nochmal abgestimmt wird.

Frau Dirks verweist auf die Regelungen in NRW.

§ 27 Abweichungen für das Verfahren der Ausschüsse

Abs. 10

Herr Tauber schlägt vor, für den nun freiwerdenden Absatz die Sitzungsdauerbegrenzung von drei Stunden aufzunehmen.

Frau Dirks antwortet, dass es eine freiwillige Vereinbarung sei und es so belassen werden solle.

§ 30 Datenschutz

Herr Tauber bittet das Thema Datenschutz, zur Unterstützung der Fraktionen, erneut in einer Haupt- und Finanzausschusssitzung oder im Rat darzustellen.

Frau Dirks sagt dies zu.

Der Ausschuss wird nochmal in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung über die vorgeschlagenen Änderungen beraten. Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

4. Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Billerbeck

Herr Messing erläutert, dass es Änderungsvorschläge in der Zuständigkeitsordnung gegeben hätte. Er bittet die Ratsmitglieder die Änderungsvorschläge der Reihe nach mit ihm durchzugehen und Anmerkungen mitzuteilen.

§ 1 Haupt- und Finanzausschuss

Nr. 11

Herr Lennertz erkundigt sich, in welchem Ausschuss über die "Vorberatung über Angelegenheiten der Freiwilligen Feuerwehr und des Rettungswesens" vorher beraten wurde.

Frau Dirks teilt mit, dass die Angelegenheiten vorher im Umweltausschuss beraten wurden und jetzt im Haupt- und Finanzausschuss angesiedelt sei.

§ 1 Haupt- und Finanzausschuss

Nr. 20

Herr Tauber fragt nach, ob diese Rechtsformulierung in Absatz 20 juristisch überprüft wurde.

Herr Messing antwortet, dass es im interfraktionellen Gespräch und mit Frau Pawliczek als Vertreterin der FDP (Antragstellerin) besprochen worden wäre.

§ 2 Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

Nr. 15

Frau Hüwe spricht sich dafür aus, dass die Denkmalsangelegenheiten weiterhin im Umweltausschuss verbleiben sollen. Sie sieht die Angelegenheiten im Einklang mit Umwelt-, Natur- und Tierschutz im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss nicht genügend bedacht.

Frau Dirks betont, dass es anders im interfraktionellen Gespräch besprochen wurde. Auch bei z.B. Neubauten wäre der Umweltschutz bedacht. Der Denkmalschutz wäre bei allen Maßnahmen sicherzustellen.

Herr Wieland teilt mit, dass die Denkmalsangelegenheiten im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss genau richtig seien.

Frau Hüwe sieht eine Überschneidung von Themen.

Frau Dirks merkt an, dass ein Umgang mit der Thematik zu finden sei, wenn der Themenkomplex Denkmalschutz wieder in den Umweltausschuss zurückgeht.

Frau Hüwe stellt den Antrag auf Abstimmung, damit die Denkmalschutz-Angelegenheiten weiterhin im Umweltausschuss besprochen werden.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion		3	2
Bündnis 90/Die Grünen	2		
SPD Fraktion		2	
FDP Fraktion			1
Familien Partei		1	
Bürgermeisterin		1	

Damit ist der Antrag abgelehnt.

§ 5 Ausschuss für Generationen und Kultur

Herr Lennertz spricht sich dafür aus, den Zusatz Heimat im Namen des Ausschusses mit zu verankern.

Herr Tauber kann sich dem Vorschlag anschließen, da er der Benennung des Landesministeriums folgen würde.

Herr Messing nimmt die Anregung auf, die Abkürzung der Ausschuss-Bezeichnung solle jedoch bei GuK belassen werden.

Die Abstimmung darüber ist einstimmig.

Der Ausschuss wird nochmal in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung über die vorgeschlagenen Änderungen beraten. Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

5. Mitteilungen

5.1. Öffentliches WLAN - Herr Holthausen

Herr Holthausen informiert darüber, dass ab sofort freies WLAN zur Verfügung stehe, im Bereich Markt, Kurze Straße, Langestraße und im Teilstück Münsterstraße zwischen Lange Straße und Kurze Straße. Die Umsetzung konnte aufgrund eines 15.000 € Gutscheines des EU-Förderprogrammes erfolgen.

6. Anfragen

6.1. CDU Antrag: Unterstützung der Artenvielfalt - Herr Ueding

Herr Ueding fragt nach, warum der Antrag zur Förderung der touristischen Infrastruktur und Unterstützung der Artenvielfalt heute nicht auf der Tagesordnung gewesen wäre.

Frau Dirks antwortet, dass der Antrag noch aufgearbeitet werde.

Marion Dirks
Vorsitzende

Karen Ebrecht
Schriftführerin